

# Medienbeobachtung

12.07.2023

# Inhaltsverzeichnis

- S. 3     **"Chuzpe": Verhärtete Fronten in Finanzausgleichsverhandlungen**  
12.07.2023 , OÖNachrichten Seite 2

OÖNachrichten vom 12.07.2023

## "Chuzpe": Verhärtete Fronten in Finanzausgleichsverhandlungen

### Laut Länder-Verhandlungsgruppe ist das angebliche Zehn-Milliarden-Angebot des Bundes nur ein "2,35-Milliarden-Paket"

Linz/Wien. Die Fronten in den Verhandlungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verhärteten sich weiter. Am Wochenende hatte sich Finanzminister Magnus Brunner (VP) erneut skeptisch gezeigt, was die Forderung der Länder betrifft, den Verteilungsschlüssel der Steuereinnahmen zu ändern.

Derzeit erhält der Bund rund zwei Drittel. 22 Prozent gehen an die Länder, elf Prozent an die Kommunen.

Die Länder streben eine Neuaufteilung an: 25 Prozent an die Länder, 15 Prozent an die Gemeinden, 60 Prozent an den Bund. Sie argumentieren das mit steigenden Aufgaben und wachsenden Ausgaben in den Bereichen Gesundheit und Pflege. Brunner verwies in der ORF-Pressestunde dagegen einmal mehr auf den Vorschlag des Bundes, über fünf Jahre insgesamt bis zu zehn Milliarden Euro für die Bereiche Gesundheit und Pflege zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Die Länder-Verhandlungsgruppe - bestehend aus den Landeshauptleuten Michael Ludwig (SP, Wien), Thomas Stelzer (VP, Oberösterreich), Hans Peter Doskozil (SP, Burgenland) und Markus Wallner (VP, Vorarlberg) - hatte das in einer ersten Reaktion schon abgelehnt.

Die Ablehnung hat sich nach detaillierter Durchsicht verstärkt. "Das sind nicht zwei Milliarden pro Jahr zusätzlich für Länder und Gemeinden, wie es der Bund kommuniziert hat, sondern 470 Millionen Euro pro Jahr", sagte Stelzer den OÖN gestern nach einem Treffen der Länder-Verhandlungsgruppe in Wien. Das angebliche Zehn-Milliarden-Paket des Bundes über fünf Jahre sei damit nur ein 2,35 Milliarden-Paket. "Also nicht einmal ein Viertel dessen, was kommuniziert wurde", sagt Stelzer.

Eine "besondere Chuzpe" sei das Angebot von Sozial- und Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne) im Bereich Pflege. "Da käme sogar ein Minus gegenüber dem Jetzt-Stand raus", sagte Stelzer. "Da hört sich alles auf." Das Angebot des Bundes sei "inakzeptabel, um es sehr höflich auszudrücken". Es gefährde das derzeitige Ausmaß der Leistungen der Länder im Bereich Pflege und Gesundheit. "Von den Zuwächsen reden wir da gar nicht."

Blockade im Nationalrat?

Wie geht es nun weiter? "Momentan schaut es düster aus", sagt Stelzer. "Aber Verhandlungen sind dazu da, dass man aufeinander zugeht." Der Bund müsse einmal auf den Vorschlag der Länder, sich auf einen neuen Verteilungsschlüssel zu einigen, eingehen.

Als Wink mit dem Zaunpfahl verweist Stelzer darauf, dass der Finanzausgleich letztlich im Nationalrat beschlossen werden müsse. "Und dort sitzen - egal von welcher Partei - ausreichend Abgeordnete, die selbst in Gemeinderäten oder Bürgermeister sind. Ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendjemand bereit ist, so etwas am Ende durchzuwinken."

Der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser (SP) kündigte an, angesichts der "Hinhaltetaktik des Bundes" eine Sonder-Landeshauptleutekonferenz einzuberufen.

*Bild: Länder-Verhandler Stelzer: "Da hört sich alles auf." (Volker Weihbold)*

Quelle	OÖNachrichten
Typ	Tageszeitungen
Land	AT
Autor	Markus Staudinger
Sprache	Deutsch

## KOMMENTAR

VON  
LUCIAN MAYRINGER

## Erster Schritt

Karl Nehammer hat also keine Lust, unter einem Kanzler Herbert Kickl zu dienen. Dieser Teil der Ansage ist zunächst wenig spektakulär: In der Vergangenheit war ein Bundeskanzler, dessen Partei bei einer Nationalratswahl Platz eins verloren hat, ohnehin mit der Herausforderung konfrontiert, sich ein neues Betätigungs-

## Nehammer, Kickl und die Kanzlerfrage

ungsfeld außerhalb der Politik zu suchen. Spannender ist die Einsicht, dass sich der VP-Obmann vor der spätestens im Herbst 2024 anstehenden Wahlentscheidung erstmals resolut gegen die „Kickl-FPÖ“ in Position bringt. Zumal diese blaue Kombination nach Erfolgen in den Ländern und im Umfragenhoch derzeit untrennbar gefestigt erscheint.

Bisher war das Rezept der ÖVP, sich in Migrationsfragen an Blau anzunähern, manche sagen anzubiedern. Oder sich am kleinen grünen Partner wegen der lästigen Nebenwirkungen des Klimaschutzes zu reiben. Will Nehammer im Rennen um die nächste Kanzlerschaft bleiben, muss er seinen größten Konkurrenten herausfordern. Ein erster Schritt scheint getan.

✉ [l.mayringer@nachrichten.at](mailto:l.mayringer@nachrichten.at)

## ÜBERBLICK

## FPÖ: Resolutionen gegen „Über-Genderismus“



(FP/Fracaroli)

LINZ. Ein Jahr nach seinem Antritt als FP-Landesparteiensekretär zog Michael Gruber gestern Bilanz und gab einen Ausblick auf die Arbeit der Landes-FP

in den nächsten Monaten. Der Kampf gegen Teuerung und Asylmissbrauch, eine „vernünftige Energiepolitik“ und Familienpolitik würden auch den Sommer prägen. Auf kommunaler Ebene plane man unter anderem Resolutionen gegen den „Über-Genderismus in Amtsvorträgen und Gemeindestuben“.

# Nehammer: Keine Koalition mit „Sicherheitsrisiko Kickl“

Der VP-Obmann sieht es als sein „wichtigstes Ziel“, Herbert Kickl als Kanzler zu verhindern, die FP sei nur ohne ihn koalitionsfähig

VON LUCIAN MAYRINGER

WIEN. Bundeskanzler Karl Nehammer (VP) nutzte gestern sein letztes „Kanzlergespräch“ vor der Sommerpause, um deutlich wie selten zuvor auf Distanz zum Obmann der FPÖ zu gehen.

„Herbert Kickl ist ein Sicherheitsrisiko für Österreich“, sagte Nehammer vor einer Journalistenrunde. Mit ihm an der Spitze folge die FPÖ als einzige Kraft im Nationalrat in ihren Positionen der russischen Propaganda, kritisierte der Regierungschef, dass Kickl vehement gegen das europäische Raketabwehrprogramm „Sky Shield“ auftritt.

## Schaden im BVT

Nach und nach werde jetzt auch das Ausmaß des Schadens sichtbar, den Kickl im alten Geheimdienst (BVT – Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung) angerichtet habe. „Da sieht man, was passieren kann, wenn Demokratie in die falschen Hände kommt“, sagte Nehammer.

Kickl sei nicht nur in seiner Rhetorik, sondern in seinem politischen Handeln „ein Sicherheitsrisiko für das Land“. Als Innenminister sei er mit seiner „Pferdelogik“ in Sicherheitsfragen aufgetreten, mit der er jetzt etwa gegen das europäische Projekt einer Raketabwehr agitire. Dabei wäre es so wichtig, in Fragen der nationalen Sicherheit über die Parteigrenzen hinaus zu denken.

Als sein wichtigstes Ziel definierte Nehammer, Kickl als Bundeskanzler zu verhindern: „Denn Bundeskanzler und Kickl sind zwei Begriffe, die einander ausschließen.“ Für den Fall, dass die FPÖ bei der nächsten Nationalratswahl Zweite werde, „gehe ich davon aus, dass Kickl als Vizekanzler nicht zur Verfügung stehen wird“. Die FPÖ ohne ihn will Nehammer nicht als potenziellen Koalitionspartner ausschließen, „aber ihr Obmann ist auch für die FPÖ ein Risiko“.



Karl Nehammer sieht in Herbert Kickl seinen großen Gegenspieler. Foto: Weibold



„Da sieht man, was passiert, wenn Demokratie in die falschen Hände kommt.“

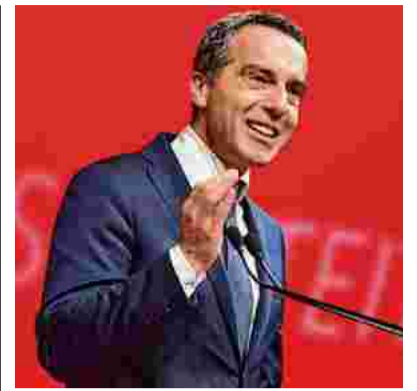
■ Karl Nehammer, Bundeskanzler (VP), über Herbert Kickls Wirken als Innenminister in der türkisch-blauen Koalition

Beim Thema „Sky Shield“ versicherte Nehammer, dass alle Entscheidungen, die die Verteidigung des österreichischen Luftraums betreffen „immer wir selbst treffen werden“.

Beim Schlagabtausch zwischen NÖ-Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (VP) und sei-

nem grünen Koalitionspartner Werner Kogler über den Vertretungsanspruch für „Normaldenkende“ übte sich der Kanzler in Zurückhaltung. Diese Debatte über Begrifflichkeiten gehe „an den Bedürfnissen der Menschen vorbei“. Der Anspruch auf Toleranz sei in dieser Diskussion „aus dem Ruder geraten“.

Das Arbeitsklima mit den Grünen sei „sehr, sehr vertrauensvoll“. Als Großprojekte im verbleibenden Arbeitsjahr nannte Nehammer die bereits aufgesetzte Gesundheitsreform und den im Herbst mit Ländern und Gemeinden abzuschließenden Finanzausgleich. Davor will der Kanzler einen Gipfel der „Mikrochip“-Produzenten einberufen, bei dem es um die Sicherung von 72.000 Arbeitsplätzen geht.



Christian Kern weist Vorwürfe zurück. Foto: APA/Barbara Gindl

## Immobilien: Justiz ermittelt gegen Ex-Kanzler Kern

WIEN. Christian Kern, vor wenigen Wochen noch im erweiterten Favoritenkreis um den SP-Bundesvorsitz, ist im Zuge eines Immobilienprojektes unter Betrugsverdacht geraten. Die Staatsanwaltschaft Wien hat Ermittlungen gegen den Ex-Bundeskanzler aufgenommen. Sein Anwalt wies alle Vorwürfe zurück. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Es gehe um ein Projekt rund um die Herstellung modularer Fertigteilimmobilien, in das ein Unternehmen, an dem Kern beteiligt ist, involviert gewesen sei, berichtet „Heute“.

Ein zunächst angeblich erfolgreich begonnenes Projekt sei gescheitert, nachdem eines der beteiligten Unternehmen seinen Zahlungen nicht nachgekommen sei. Daraufhin habe einer der Geschäftspartner eine Betrugsanzeige gegen mehrere Personen bei der Staatsanwaltschaft eingebracht, darunter auch gegen Kern.

## Gegen drei Personen

Die Staatsanwaltschaft bestätigte die Ermittlungen in dem Fall gegen drei Personen und zwei Unternehmen mit Verdacht auf schweren Betrug.

Der Anwalt von Kern, Paul Kessler, wies die Vorwürfe am Montag zurück. Diese seien nicht substantiell und „verleumderisch“. Der Geschäftspartner wolle lediglich Druck ausüben, damit die Gesellschaft Kerns die offenen Zahlungen übernehme.

Er rechnet damit, dass das Verfahren bald eingestellt wird. Bei der Polizei habe Kessler bereits eine Sachverhaltsdarstellung zu dem Fall eingebracht. Kern selbst sei auch bereits von der Polizei vernommen worden.

# „Chuzpe“: Verhärtete Fronten in Finanzausgleichsverhandlungen

Laut Länder-Verhandlungsgruppe ist das angebliche Zehn-Milliarden-Angebot des Bundes nur ein „2,35-Milliarden-Paket“

VON MARKUS STAUDINGER

LINZ/WIEN. Die Fronten in den Verhandlungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verhärteten sich weiter. Am Wochenende hatte sich Finanzminister Magnus Brunner (VP) erneut skeptisch gezeigt, was die Forderung der Länder betrifft, den Verteilungsschlüssel der Steuereinnahmen zu ändern.

Derzeit erhält der Bund rund zwei Drittel. 22 Prozent gehen an die Länder, elf Prozent an die Kommunen.

Die Länder streben eine Neuaufteilung an: 25 Prozent an die Länder, 15 Prozent an die Gemeinden, 60 Prozent an den Bund. Sie argumentieren das mit steigenden Aufgaben und wachsenden Ausgaben

in den Bereichen Gesundheit und Pflege. Brunner verwies in der ORF-Pressestunde dagegen einmal mehr auf den Vorschlag des Bundes, über fünf Jahre insgesamt bis zu zehn Milliarden Euro für die Bereiche Gesundheit und Pflege zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Die Länder-Verhandlungsgruppe – bestehend aus den Landeshauptleuten Michael Ludwig (SP, Wien), Thomas Stelzer (VP, Oberösterreich), Hans Peter Doskozil (SP, Burgenland) und Markus Wallner (VP, Vorarlberg) – hatte das in einer ersten Reaktion schon abgelehnt.

Die Ablehnung hat sich nach detaillierter Durchsicht verstärkt. „Das sind nicht zwei Milliarden pro Jahr zusätzlich für Länder und Gemeinden, wie es der Bund kommu-

niziert hat, sondern 470 Millionen Euro pro Jahr“, sagte Stelzer den OÖN gestern nach einem Treffen der Länder-Verhandlungsgruppe in Wien. Das angebliche Zehn-Milliarden-Paket des Bundes über fünf Jahre sei damit nur ein 2,35-Milliarden-Paket. „Also nicht einmal ein Viertel dessen, was kommuniziert wurde“, sagt Stelzer.

Eine „besondere Chuzpe“ sei das Angebot von Sozial- und Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne) im Bereich Pflege. „Da käme sogar ein Minus gegenüber dem Jetzt-Stand raus“, sagte Stelzer. „Da hört sich alles auf.“ Das Angebot des Bundes sei „inakzeptabel, um es sehr höflich auszudrücken“. Es gefährde das derzeitige Ausmaß der Leistungen der Länder



Länder-Verhandler Stelzer: „Da hört sich alles auf.“ (Volker Weibold)

im Bereich Pflege und Gesundheit. „Von den Zuwächsen reden wir da gar nicht.“

## Blockade im Nationalrat?

Wie geht es nun weiter? „Momentan schaut es düster aus“, sagt Stelzer. „Aber Verhandlungen sind

dazu da, dass man aufeinander zugeht.“ Der Bund müsse einmal auf den Vorschlag der Länder, sich auf einen neuen Verteilungsschlüssel zu einigen, eingehen.

Als Wink mit dem Zaunpfahl verweist Stelzer darauf, dass der Finanzausgleich letztlich im Nationalrat beschlossen werden müsse. „Und dort sitzen – egal von welcher Partei – ausreichend Abgeordnete, die selbst in Gemeinderäten oder Bürgermeister sind. Ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendjemand bereit ist, so etwas am Ende durchzuwinken.“

Der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser (SP) kündigte an, angesichts der „Hinhaltetaktik des Bundes“ eine Sonder-Landeshauptleutenkonferenz einzuberufen.